



BURMA REPORT

Januar 2010

မြန်မာ - မှတ်တမ်း

Ausgabe 80

Free all political prisoners, free Aung San Suu Kyi, free Burma.

THE BURMANET NEWS, December 22, 2009 - Issue #3865 - "Editor" <editor@burmanet.org> -<www.burmanet.org>

Associated Press, Dienstag, den 22. Dezember 2009 - **Burmanet / editor, BurmaNet**

Obama hat ein mächtiges Mittel, um Druck auf Burma auszuüben Forster Klug -

Washington: Falls die Gespräche über demokratische Reformen mit Myanmar kein Ergebnis bringen, sollte die Obama-Administration grosse Geldmengen, die die regierenden Generäle des Landes aus dem Verkauf von Erdgas erzielen und in internationalen Banken horten, blockieren. Bisher hat die Administration gezögert, diesen Weg einzuschlagen.

Aber den Druck auf Banken ausüben, um sie daran zu hindern, Geschäfte mit der Führung Myanmars zu tätigen, könnte eine mächtige ökonomische Waffe sein, die bereits in anderen Fällen angewandt wurde. Dies war eine Herangehensweise, die bereits gegen Nordkorea zum Einsatz kam, um zu versuchen, seine Ambitionen für Atomwaffen aufzugeben.

Der Kongress hat bereits der Administration seine Zustimmung erteilt, sich an die Banken zu wenden, und einige Rechtsgruppen wünschten, dass Obama sofort darauf zurückgreift oder wenigstens dann, wenn direkte Gespräche versagen.

US-Beamte haben gerade mit persönlichen Verhandlungen begonnen und möchten ihnen noch mehr Zeit einräumen, um Ergebnisse vorzeigen zu können. Banksanktionen auszusprechen könnte sich als teuer und zeitraubend erweisen, und Myanmar steht auf der überfüllten Agenda für auswärtige Angelegenheiten, die Afghanistan und den Iran beinhaltet, nicht an erster Stelle.

Die Administration hat jedoch vor strik-

teren Sanktionen gewarnt, sollte das Engagement mit Myanmar, das auch unter dem Namen Burma bekannt ist, versagen. Und bereits die einfache Drohung könnte die Verhandlungsposition der USA verstärken.

"Wir werden uns die Option für strengere Sanktionen gegen das Regime und seine Unterstützer offenhalten, um auf die Ereignisse in Myanmar zu antworten", sagte im September Kurt Campbell, Obamas Spitzendiplomat für Südostasien zu Gesetzesgebern.

Myanmar hat weltweit eines der unterdrückerischsten Regime und wird seit 1962 vom Militär kontrolliert. Seit Jahren versuchen die Vereinigten Staaten durch Strafsanktionen einen Wandel im Lande zu bewirken, jedoch ohne grossen Erfolg. Die Administration des ehemaligen Präsidenten George W. Bush zog es vor, Myanmar zu meiden, und Bushs Frau, Laura Bush und viele im Kongress waren starke Fürsprecher für die aufkeimende Demokratiebewegung dort.

Jetzt hat die Obama-Administration die Isolationspolitik zugunsten eines Engagements umgekehrt in der Hoffnung, die Generäle dazu zu bewegen, den Oppositionsparteien und Minoritäten grössere Freiheiten einzuräumen und die politischen Häftlingen freizulassen.

Seitdem hat Myanmar einige symbolische Gesten des guten Willen gezeigt, indem es z. B. erlaubte, dass sich die inhaftierte Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi mit Campbell treffen konnte und auch einige politische Gefangene frei liess. Gleichzeitig fuhr es jedoch fort, ethnische Minderheiten, Journalisten und Aktivisten der Studenten zu verfolgen.

Obama selbst sprach während seiner Rede zur Annahme seines Nobelpreises von einer möglichen stärkeren Position Myanmar gegenüber. Es wird Myanmar gegenüber ein Engagement wie auch Diplomatie geben, sagte er, "aber es wird auch Konsequenzen geben, sollten diese Mittel versagen".

Aktivisten sind der Ansicht, dass finan-

zielle Massnahmen, die den Zugang der regierenden Generäle Myanmars zum internationalen Banksystem einschränken, mehr bewirken können als weitere Wirtschaftssanktionen es konnten.

"Die burmesische Regierung schätzt nicht so sehr seinen Handel mit der Aussenwelt, als vielmehr die finanziellen Einkünfte aus diesem Handel", sagte Tom Malinowski von Human Rights Watch. Sobald die burmesische Regierung ihre Schecks in ihren Bankkonten eingezahlt hat, kann die Regierung der USA viel zur Vermeidung der Möglichkeit beitragen, dieses Geld im internationalen Banksystem zu benutzen." Finanzbeamte haben sich, seit die Junta Myanmars in 2007 Protestierende tötete oder festnahm, 40 Personen und 44 Rechtspersonen auf Korn genommen. Diese den Sanktionen hinzuzufügen, hindert Menschen daran, Transaktionen innerhalb des Banksystems der Vereinigten Staaten durchzuführen.

Aber ein Gesetz von 2008 erlaubt es dem Finanzministerium, Bedingungen im Banksystem auszusprechen, was dazu führt, dass Sanktionen die Aktivitäten mit internationalen Banken beeinflussen.

Myanmar führt einen lukrativen Handel mit Erdgas mit seinen Nachbarn und einigen Gesellschaften in Europa und den USA, deren Einnahmen an ausländische Banken gehen. Unter seiner neuen Befugnis können die USA die Banken wissen lassen, dass sie Bedenken mit deren Verbindung zu Myanmar haben und dass diese Verbindung mit Myanmar die Möglichkeit, mit amerikanischen Finanzinstitutionen zusammenzuarbeiten, beschädigen könnte, sagte Jennifer Quigley, Sprecherin der US-Kampagne für Burma.

Fürsprecher von Banksanktionen verweisen oft auf Nordkorea, wo es den Vereinigten Staaten in 2005 gelang, erfolgreich Nordkorea aus dem internationalen Banksystem auszuschliessen und dadurch den Führer Kim Jong Il zu verletzen.

....✍

....☞ Zurzeit bittet die Obama-Administration während der Verhandlungsphase um Geduld.

In Myanmar werden die Wahlen eine gute Einsicht in die Intentionen der Junta erlauben. Es wird die grosse Frage sein, ob die US-Myanmar-Gespräche auf höchster Ebene zu einer wirklichen Teilhabe der Minoritäten und Oppositionsgruppen führen oder lediglich die Herrschaft der Generäle festigt.

Newsletter - December 15, 2009 - <news@irrawaddy.org> - <<http://www.irrawaddy.org/>>

The Irrawaddy, 15. Dezember 2009

- <http://www.irrawaddy.org/opinion_story.php?art_id=17400&page=2>

Moment der Entscheidung für Than Shwe - BAMARGYI

Es ist die weitgefaßte Meinung unter demokratischen Kräften, dass die allgemeinen Wahlen von 2010 gut für Burma sein werden - aber sind sich diese Optimisten wirklich im Klaren darüber, wie das Regime sie organisieren wird?

Der Präsident wird vierzehn Staatspremierminister auswählen, die dann ihre eigenen Kabinettsminister aussuchen. Gewählte oder ausgesuchte Parlamentsmitglieder werden keinerlei Rolle im Staatskabinett spielen. Das Parlament wird gelegentlich einberufen werden, aber seine Mitglieder werden nur bereits vorbereitete Papiere zur Hand bekommen.

Das einzig gangbare Ereignis in dem ganzen Prozess ist die Wahl des Präsidenten. So wie die Dinge jetzt stehen, ist die Nummer Drei des Regimes, Thura Shwe Mann, die einzige Wahl für diesen Posten.

Wie schon das Referendum von 2008, das den Weg zur Wahl von 2010 ebnete, ist die Wahl bereits vollendete Tatsache.

Was danach kommt, ist allerdings unsicher. Niemand weiss, was passiert, wenn die Junta ihr Ziel erreicht haben wird, indem sie sich selbst die Legitimität gibt.

Die Anordnung des Juntachefs, Senirogeneral Than Shwe, lautet, dass sich das System ändern soll, aber nicht die Gesichter, die dahinter stehen.

Diese Scharade ist in der burmesischen Politik nichts Neues. 1974 z. B.

erhielt der Revolutionsrat von General Ne Win die Legitimität mit Hilfe der Wahlurnen aber gegen den Willen der Mehrheit des Volkes.

Die Wahl von 1974 liess den regierenden Rat intakt und die Vorsitzenden der Gemeinden und Stadträte wurden Parlamentsmitglieder.

Die Parole lautete demokratischer Sozialismus, aber die Korruption wurde institutionalisiert. Die Regierung war unbeliebt selbst unter Parteibeamten und gewählten Vertretern.

Than Shwe verfolgt nicht denselben Weg. Die Mitspieler und der Zeitrahmen haben sich geändert, aber die Handlung und Ziele sind dieselben.

Öffentliche Meinung liegt den Köpfen Than Shwes und seiner Juntageneräle fern. Ihr Plan und dessen Ausführung verlangt nicht nach der Teilhabe der Bürger.

Die Generäle haben ihre Lakaien, Günstlinge und bezahlten Arbeiter, die sich ganz an das vorgeschriebene Schema halten werden.

General Ne Win stellte fest, dass er Fehler gemacht hatte, als er 1987 entdeckte, dass er von seinen Untergebenen die ganze Zeit hintergangen worden war. Als er seine Fehler bemerkte, verliess Ne Win, im Glauben, die Situation beherrschen zu können, seine Hintermänner und führte die Mehrparteiendemokratie ein.

Aber seine Abgeordneten weigerten sich, den Programmwechsel durchzuführen, die burmesische Programmpartei stürzte zusammen und die Armee übernahm das Feld.

Eine Welle der Unterdrückung folgte und beschädigte ernsthaft die Moral der Menschen. Dann kamen die Ereignisse von 1988, und Than She übernahm unerwartet die Macht. Zu dem Zeitpunkt waren alle Bemühungen, das Land zu retten, aussichtslos.

Ne Win begann seine erfolglose Kampagne bereits 1974, wurde aber erst 1987 seines Misserfolges gewahr. Er zog es vor, seine Kollegen und die Partei aufzugeben, was ein grosser Fehler war, und er wurde mit dem Umschwung nicht fertig.

Sein Versuch, das System zu ändern ohne die Menschen, die dahinter standen, war von Anfang an vergebliche Mühe. Untergebene belogen ihn aus Angst, ihre Posten zu verlieren.

Than Shwe, der ebenfalls die richtige Situation nicht erkennt und seine Macht nicht richtig einschätzt - wird die gleichen Fehler wie Ne Win wiederholen.

Der Regierungsrat glaubt, dass ein Wachstum von 13 Prozent Wirklichkeit sei. Nachdem jetzt US\$4 Billionen aus Einkünften durch den Verkauf von Erdgas in den Banken gelagert sind, ist ihm alles andere gleichgültig. Die Generäle möchten einfach nur ihren neuen Wohlstand geniessen.

Mit zunehmendem Wohlstand und niemandem, der seine Autorität bedroht, möchte Than Shwe natürlich China los werden.

Nachdem jetzt US-Präsident Obama einen neuerlichen Dialog und eine neue Burmapolitik vorschlägt, könnte es sein, dass Than Shwe gewahr wird, welchen Preis er für seine Freundschaft mit China zahlt, das versucht, durch den Handel mit Schurkenstaaten an Dividende zu kommen.

Than Shwe hat sich durch U Thaug, dem Minister für Forschung und Technologie, an Russland gewandt und schickte viele junge Offiziere zur Ausbildung in die ehemaligen kommunistischen Staaten. Aber es wurden dort keine sichtbaren Erfolge erzielt.

Die Freundschaft mit Amerika wäre vor zwei Jahren noch ein Traum gewesen, heute aber ist es Wirklichkeit. Es gibt jedoch einen Faktor, um diese Freundschaft dauerhaft zu machen - die Zusammenarbeit mit der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi.

Bis vor kurzem schreckte Than Shwe bei der alleinigen Erwähnung des Namens Suu Kyi zurück. Heute muss er aber feststellen, dass die einzige Chance, ohne Blessuren herauszukommen, bei ihr liegt.

Suu Kyis Kooperation ist jedoch nicht ohne wirklichen Wandel möglich. Die politischen Häftlinge müssen freikommen und die bisher ungelöste Wahl von 1990 muss beigelegt werden. Auch die neue Verfassung braucht ihren Segen.

Die Feindseligkeit, die über die Jahre gegen Suu Kyi gehegt wurde, hat auch Than Shwes Gefolgschaft ergriffen, die alle Gesinnungsgenossen sind. Jetzt muss Than Shwe ihre Unterstützung gewinnen, wenn er mit der demokratischen Opposition Freundschaft schliessen will.☞

... Der Hass, den Than She innerhalb der Junta kultiviert hat, macht einen Wechsel in diese Richtung schwer.

Ihre Sorge ist natürlich die Selbsterhaltung - sollte die Demokratie aufblühen, werden sie ihre Posten und ihren Status verlieren.

Dies ist der kritische Augenblick für Than Shwe, die Gelegenheit zu ergreifen. Er muss sich gegen den Strom stemmen und den Trend, den er selbst geschaffen hat, herumdrehen. Die Schwierigkeiten werden nicht so leicht zu überwinden sein. Eine gänzlich neue Anschauung wird notwendig werden.

Es bleibt immer noch genügend Zeit, falls Than Shwe wünscht, dass die Wahl wirklich demokratisch verläuft und dazu beiträgt eine wirklich demokratische Regierung zu bilden.

Dies ist der einzige Weg, um als Held hervorzugehen und dem Schicksal Ne Wins zu entgehen. Sollte er weiter zu seinen korrupten Generälen halten, ist ihm dieses Schicksal sicher.

Mit Suu Kyis Hilfe könnte Than Shwe zum Retter der Nation werden. Eine wirklich demokratische Regierung könnten einen Neuanfang bedeuten und Than Shwes Einfluss unbeschädigt lassen. Dem Land würden dadurch Unruhen erspart bleiben, wenn eine neue Gruppe von Führenden das Ruder übernehme.

Der erste Schritt wäre, dass Than Shwe mit Suu Kyi redet. Dann wird der Fortschritt ganz von allein folgen.

news@irrawaddy.org - The Irrawaddy -
Newsletter for Friday, December 11, 2009

The Irrawaddy - 11. Dezember 2009
<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=17383>

Obama warnt in seiner Rede zur Annahme des Nobelpreises Diktatoren vor "Konsequenzen"

- LALIT K JHA

Washington: Auch wenn seine Administration mit einer neuen Politik des Engagements in Burma beginnt, warn-

te der US-Präsidenten Barack Obama anlässlich seiner Rede zur Annahme des Nobelpreises am Donnerstag davor, dass unterdrückerische Regime mit "Konsequenzen" rechnen müssen, falls sie die Rechte der eigenen Bürger verletzen.

In seiner Rede, die er in Oslo, Norwegen, hielt, nannte Obama ausdrücklich Burma als eines der Länder, wo Menschenrechte durch die Regierung systematisch verletzt werden und ehrte die Oppositionsführerin und gleichermassen Nobelpreisträgerin, Aung San Suu Kyi, für ihren Einsatz für demokratische Reformen.

Das Portrait der Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi wurde während eines Fackelzuges in Oslo vor dem Hotel, in dem Obama am 10. Dezember abgestiegen war, hochgehalten.

Indem er anerkannte, dass er sich für eine Politik des Engagements mit der burmesischen Junta ausgesprochen hatte, sagte Obama, dass "Sanktionen ohne Ergebnis - und Verurteilung ohne Diskussion - einen lähmenden Status quo weiter fortführen können. Kein unterdrückerisches Regime kann einen neuen Weg einschlagen, wenn ihm nicht eine Tür offen steht.

Aber er warnte auch, dass die Welt es sich nicht leisten kann, Drohungen von Regimen zu ignorieren, die den Frieden für ihre Nachbarn oder die eigene Bevölkerung gefährden.

"Diejenigen, die den Frieden suchen, können nicht untätig zuschauen, während sich Staaten für den Atomkrieg rüsten. Dasselbe Prinzip kann angewendet werden für alle, die internationale Gesetze brechen, indem sie ihr eigenes Volk brutalisieren," sagte er.

"Wenn es in Darfur Völkermord gibt, systematische Vergewaltigungen im Kongo, Unterdrückung in Burma - dann muss dies Konsequenzen haben", fügte er hinzu.

"Ja, es wird Engagement geben, ja, es wird Diplomatie geben, aber es muss auch Konsequenzen geben, wenn dies alles versagt. Und je mehr wir zusammenstehen, umso weniger werden wir die Wahl zwischen bewaffneter Intervention und der Mitschuld bei der Unterdrückung haben."

Obama verwarf auch die Meinung, dass Regierungen zwischen der Unterstützung der Menschenrechte und der strengen Verfolgung von Eigeninteressen zu wählen hätten und bemerkte, dass "weder den Interessen Amerikas

noch denen der Welt durch das Verleugnen menschlicher Werte gedient ist."

"Amerika wird immer eine Stimme haben für die Ziele, die allgemeingültig sind."

"Wir legen Zeugnis ab von der stillen Würde von Reformern wie Aung San Suu Kyi; vor dem Mut der Menschen in Zimbabwe, die angesichts von Schlägen ihre Stimmen abgeben; vor den Hunderttausenden, die schweigend durch die Strassen Irans marschierten," sagte Obama.

"Es ist vielsagend, dass die Führer dieser Regierungen sich mehr vor den Hoffnungen des eigenen Volkes fürchten, als vor der Macht irgendeines anderen Staates. Und es ist die Verantwortung aller freien Menschen, klar auszusprechen, dass diese Bewegungen - diese Bewegungen von Hoffnung und Geschichte - uns auf ihrer Seite haben."

Am 9. Oktober kündigte das Nobelpreiskomitee in Oslo an, dass es Obama für "seine ausserordentlichen Bemühungen, internationale Diplomatie zu stärken und zwischen den Völkern zu kooperieren, den Preis verliehen hat.

Kurz nach der Ankündigung sagte Obama in einer Erklärung, dass er die Auszeichnung als "Aufruf zum Handeln, als Aufruf an alle Nationen, verstanden habe, sich den gemeinsamen Bedrohungen des 21. Jahrhunderts zu stellen."

"Um ehrlich zu sein, fühle ich nicht, dass ich es verdiene, in die Gesellschaft so vieler transformativer Persönlichkeiten aufgenommen zu werden, die durch diesen Preis geehrt wurden, Männer und Frauen, die mich und die ganze Welt durch ihren mutigen Einsatz für den Frieden inspiriert haben," sagte Obama damals.

Zwischenzeitlich gab Obamas Sicherheitsberater, James Jones, in einer Erklärung am Internationalen Menschenrechtstag bekannt, dass die Obama-Administration fortfahren werde, die Unterdrückung in Burma und im Iran zu beobachten.

Nancy Pelosi, Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, sagte ebenfalls, dass die Welt der Führung der US bedarf, um mit Menschenrechtsverletzungen fertig zu werden und bemerkte, dass der Völkermord in Darfur ohne eine Lösung zu

... ↗

... finden, fortzuere, während sich in Burma Suu Kyi immer noch in Haft befinde.

Die Kongressfrau, Ileana Ros-Lehtinen, hochrangiges Mitglied des Hauskomitees für ausländische Belange, sagte, die USA dürfen niemals die Notlage derjenigen aus den Augen lassen, die in China, Cuba, Iran, Nordkorea, Burma, Zimbabwe und anderswo unter diktatorischen Regimen leiden.

minye kyawswar <minyekyawswar8888@gmail.com> - [8888peoplepower]
Latest news: <http://8888newgenerations.blogspot.com/> - 04. Dec 2009

The Daily Star - 5. Dezember 2009

Die EU beginnt einen politischen Dialog mit Myanmar - AFP Yangon

<<http://www.thedailystar.net/newDesign/news-details.php?nid=116396>>

Infolge der sich erwärmenden Beziehungen zwischen der von der Junta geführten Nation und den USA wird die Europäische Union einen "nachhaltigen politischen Dialog" mit Myanmar beginnen, informierte der Botschafter des Blocks am Donnerstag.

Botschafter David Lipman sprach in Rangoon, der grössten Stadt Myanmars, zu Reportern nachdem er sich am Vortag in der entlegenen Hauptstadt Naypyidaw mit dem Landeschef, Seniorgeneral Than Shwe, wegen der Erteilung des diplomatischen Beglaubigungsschreibens getroffen hatte.

"Wir hatten ein gutes Gespräch über die zukünftigen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Myanmar, und wir blicken nach vorn," sagte Lipmann über das 30minütige Treffen.

"Ich denke, die Regierung möchte sich in der Europäischen Union engagieren. Sie tut dies bereits mit den USA," sagte er.

Im vergangenen Monat signalisierte US-Präsident Barack Obama bereits ein neues Verhältnis zu Myanmar, als er sich mit Premierminister Thein Sein und weiteren Chefs der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) in Singapur traf.

Die USA wie auch die EU haben wegen der Menschenrechtsverletzungen dort und der Haft der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi Sanktionen gegen Myanmar erhoben.

Lipman sagte, dass ein zukünftiges

Engagement drei Linien verfolgen würde - allgemeine humanitäre Hilfe, finanzielle Unterstützung durch Nichtregierungsorganisationen und jetzt politische Gespräche.

In der Zwischenzeit hat Myanmars Oberstes Gericht nach Bekanntgabe der Europäischen Union, einen nachhaltigen Dialog mit der regierenden Junta zu wünschen, gestern zugestimmt, den Einspruch gegen die Verlängerung des Hausarrestes der Ikone der Demokratie, Aung San Suu Kyi, zu bearbeiten,

Die Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, 64, wurde nach dem Zwischenfall mit einem US-Bürger, der zu ihrem Haus geschwommen war, zu einer Verlängerung ihres Hausarrestes um weitere 18 Monate verurteilt. Ein Untergericht hatte im Oktober ihren ursprünglichen Einspruch abgewiesen.

"EBO" - "Burma_News"
<burma_news@verizon.net> - Wed, 16. Dec 2009 21:02:32

AFP - 16. Dezember 2009

<<http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5gPKFNNSHDEMmVyWowzc8-Y6hCXyA>>

Myanmars Suu Kyi in einem der seltenen Gespräche mit Parteialtesten

Rangoon: Mit einem seltenen Zugeständnis des Militärregimes erlaubte Myanmars Junta der inhaftierten Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi, sich am Mittwoch mit drei Ältestenmitglieder ihrer Partei zu treffen.

Die Ikone der Demokratie wurde zum Gästehaus in Rangoon gebracht, wo sie sich zu Gesprächen mit dem 92jährigen Parteivorsitzenden Aung Shwe, dem Sekretär Lwin, 85 und dem Mitglied des Exekutivausschusses Lun Tin, 89, traf; alle befinden sich in schlechtem Gesundheitszustand.

"Die Behörden erlaubten uns, uns im Gästehaus privat mit Aung San Suu Kyi zu treffen. Sie hat uns ihre Reverenz erwiesen und übergab uns Geschenke und Obstkörbe," sagte Lwin nach dem Treffen, das um die 45 Minuten dauerte.

"Ich hatte sie seit 2003 nicht mehr gesehen," sagte er zu Reportern.

"Aung San Suu Kyi bat uns um Erlaubnis, das zentrale Exekutivkomitee umzuorganisieren. Wir haben ihrer Bitte entsprochen," fügte er hinzu. Die meisten des derzeitigen elfköpfigen Komitees sind sehr alt.

Suu Kyi hatte im vergangenen Monat den starken Mann des Militärs, Than Shwe, um Erlaubnis für einen Besuch mit den drei Männern gebeten.

"Daw Suu akzeptierte den Vorschlag der Behörden, sich aus Sicherheitsgründen mit allen zusammen an einem Ort zu treffen", berichtete ihr Anwalt und Sprecher der NLD, Nyan Win, am Dienstag Reportern.

Der Besuch folgte einem Treffen zwischen Suu Kyi und dem Liaisonoffizier der Junta, Aung Kyi. Es fand am vergangenen Mittwoch statt und war das dritte seit Anfang Oktober. Nyan Win sagte, dass sie dabei ihren Brief an Than Shwe besprochen hätten.

Mit diesem Schreiben hatte sie auch darum gebeten, sich mit dem Chef der Junta selbst treffen zu können und mitgeteilt, dass sie zum Wohle des Landes zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit sei, um die Sanktionen gegen Myanmar aufzuheben.

"Daw Suu erwartet, dass auch dem Rest ihres Anliegens stattgegeben wird. Sie ist bezüglich ihres Schreibens optimistisch," sagte Nyan Win.

minye kyawswar <minyekyawswar8888@gmail.com>
NLDmembersSupportersofCRPPnNLDnDASSK@yahoo.com,

The New York Times -
9. Dezember 2009 - Reuters

Myanmars Junta bezichtigt inhaftierte Suu Kyi der Unwahrhaftigkeit - Martin Petty

Rangoon: Am Mittwoch bezichtigten die staatlichen Medien Myanmars die inhaftierte Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi der Unwahrhaftigkeit und unaufrichtig zu sein, als sie anbot, sich mit dem Militärherrscher zu treffen, um zur Aufhebung westlicher Sanktionen beizutragen.

Suu Kyi, die unter Hausarrest steht, hätte versucht, das Ansehen der Regierung zu beschädigen und ...

... ihr Benehmen sei "höchst fragwürdig", besagte ein Kommentar, der in drei staatlichen Zeitungen erschien, die dem öffentlichkeitsscheuen Regime als Sprachrohr dienen.

In einem gleichen Brief vom 25. September hatte sie erklärt, dass sie mit westlichen Ländern und der Junta zusammenarbeiten möchte, um eine Aufhebung der Sanktionen zu erwirken, von denen Kritiker behaupten, dass sie wegen des Handels des Regimes mit China und Indien grossenteils ineffektiv seien.

"Ihr Schreiben deutet auf ihre Unehrllichkeit hin und ist dazu bestimmt, die Reputation der Regierung zu beschädigen, indem sie der Regierung die ganze Schuld zuweist," steht im Kommentar des New Light of Myanmar.

Dies war die erste Antwort des Regimes auf Suu Kyis Anfrage und schien die Parteiführung der National League for Democracy (NLD) zu kritisieren, weil sie den Inhalt eines der Briefe an die Presse weitergegeben hatte.

"Beide Briefe zeigen ihre Unehrllichkeit auf. Sie hätte sich auf ehrliche Art an die Regierung wenden sollen, um aus der Sackgasse herauszukommen," stand dort.

Das Militär Myanmars, das seit fast 50 Jahren das Land regiert und vom Westen wegen seiner Rechtsverletzungen gemieden wird, plant für 2010 eine Mehrparteienwahl.

Im letzten Brief dankte Suu Kyi dem Regime für die Erlaubnis, sich im November mit dem Ministerialdirektor Kurt Campbell zu treffen, dem höchstrangigsten US-Diplomaten, der in den letzten 14 Jahren Myanmar besucht hat.

Trotz der Kritik erhielt Suu Kyi die Erlaubnis, sich am Mittwoch mit Regierungsminister Aung Kyi zu treffen, der als Vermittler vom Regime bestimmt wurde, was darauf hinweist, dass die Kommunikation noch offen ist.

Ein Beamter des Innenministeriums gab bekannt, dass die Gespräche zwischen ihr und Arbeitsminister Aung Kyi, mit dem sie sich im September bereits zweimal getroffen hatte, 50 Minuten dauerten.

Es ist unwahrscheinlich, dass es ihr gelingt, sich mit Than Shwe zu treffen. Der 76jährige starke Mann ist seit 17 Jahren Chef der Junta und plant, nach den Wahlen in den Ruhestand zu treten, dies geschieht lt. Analysten aber

nur, wenn er vorher einen Vertreter findet, der sein Wohlwollen hat.

Suu Kyi, die Tochter des verstorbenen Unabhängigkeitshelden Aung San, wird als die grösste Bedrohung für den Machterhalt der Junta angesehen und verbringt bereits 14 der vergangenen 20 Jahre in Haft.

Sie hat Einspruch erhoben gegen die Verurteilung, weil sie angeblich ein internes Sicherheitsgesetz gebrochen hat, weil sie einem amerikanischen Eindringling erlaubt hatte, zwei Nächte in ihrem Anliegen am See zu verbringen.

Das Urteil wird allgemein als Versuch angesehen, sie während der Vorbereitungen zu den Wahlen, die innerhalb von zwei Dekaden die ersten in Burma sind, ins Abseits zu stellen. Die NLD erreichte in den Wahlen von 1990 einen erdrutschartigen Sieg, dessen Anerkennung das Militär jedoch ablehnte.

news@irrawaddy.org - Newsletter for December 5, 2009
green leave <greenleave2007@gmail.com>
[888peoplepower] Saffron Mail Letter, Sat, 05. Dec 2009

The Irrawaddy - 5. Dezember 2009
<http://www.irrawaddy.org/highlight.php?art_id=17360&page=2>

Junge Wähler sehen den Wahlen im nächsten Jahr mit gemischten Gefühlen entgegen - AUNG THET WINE

Rangoon: Wenn es keine politischen Parteien geben sollte, die das öffentliche Interesse repräsentieren, wollen lt. einer Meinungsumfrage des Irrawaddy junge Wähler in Burma im nächsten Jahr nicht an die Wahlurnen in der von der Junta geförderten allgemeinen Wahl gehen.

Die Umfrage richtete sich an junge Menschen, die in den allgemeinen Wahlen von 1990 noch zu jung zum wählen waren, mit der Frage, ob sie ihre Stimme in der Wahl, die für nächstes Jahr vorgesehen ist, abgeben würden. Das Ergebnis zeigte, dass sich viele von ihnen fernhalten werden, falls sie nicht das Gefühl hätten, dass die Interessen der Bürger vertreten werden.

Sechzig Menschen im Alter zwischen 18 und 29 Jahren antworteten auf die Umfrage. Unter ihnen waren 10 Universitätsstudenten, sieben Medienmitar-

beiter, vier Rechtsanwälte und ein Absolvent der Militärakademie.

Viele der Beteiligten meinten, dass sie die Wahlen von 2010 für die offizielle Folge der anhaltenden Periode einer Militärregierung in Burma hielten und fügten hinzu, dass sie Zweifel hätten, dass es zu einer echten demokratischen Regierung, die die Interessen des Volkes vertrete, kommen könne.

Viele sagten, dass sie erwarten, dass die von der Junta unterstützten Parteien und Organisationen wie die Assoziation der Veteranen und die Union Solidary and Development Association (USDA), eine Massenorganisation, die für das Militär steht, in den Wahlen antreten werden, halten es aber für wenig wahrscheinlich, dass politische Parteien, die das Interesse der Bevölkerung vertreten, sich werden beteiligen dürfen.

"Die Organisation der Junta USDA unternimmt viele Vorwahlaktivitäten, wie das Aufstellen von USDA-Transparenten, mit denen sie auf ihre freiwillige Arbeit im Strassen-, wie auch im Brückenbau und andere soziale Wohlfahrtsaktivitäten aufmerksam macht. Sie haben lange Zeit vor dem Wahlgesetz, das offiziell die Wahlperiode eröffnen wird, ziemlich umfangreiche Kampagnen durchgeführt," berichtet ein Mathematikstudent aus Rangoon.

Mit weniger als einem Monat vor Beginn des Jahres 2010 muss die Junta, bis darauf, dass dies irgendwann im nächsten Jahr passieren wird, immer noch den Hinweis darauf geben, wann die Wahlen stattfinden sollen. Viele derjenigen, die auf die Umfrage eingingen, sagten, dass das Wahlgesetz, wann immer es auch angekündigt werden wird, es den politischen Parteien wahrscheinlich schwer machen wird, sich zu formieren und es viele Einschränkungen mit sich bringen wird, wenn es um Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit während der Wahlkampagnen geht.

"Die Junta hatte die Verfassung so angekündigt, wie es ihr beliebte und ich bin ziemlich sicher, dass sie noch mehr Einschränkungen auferlegen wird, um die politischen Parteien durch das kommende Wahlgesetz und Bestimmungen zu erdrosseln," sagte ein Rechtsreferendar aus Rangoon.

Kritiker der Verfassung von 2008 sagen, dass darin viele Klauseln enthalten sind, die sich mit demokratischen Prinzipien nicht vereinbaren lassen, einschliesslich der Garantie, dass ...

... 25% der Parlamentssitze an das Militär gehen sollen. Sie behält dem Oberkommandierenden der Streitkräfte mehr Macht vor als dem Präsidenten und erlaubt den Generälen unter bestimmten Umständen legal die Macht zu ergreifen.

"Die Verfassung beginnt mit einem Absatz, der besagt, dass die Union ein echtes, diszipliniertes, demokratisches Mehrparteiensystem praktizieren muss. Aber in einer wirklichen Demokratie gibt es nicht den Begriff einer "disziplinierten Demokratie". Eine wirkliche Demokratie repräsentiert einfach nur die Erwartungen der Bevölkerung," meinte eine Anwältin, die sich an der Umfrage beteiligte.

Aber nicht alle lehnen die Absichten der Junta so ab.

"Jeder sollte die Militärregierung mit gutem Willen darin unterstützen, dass sie sich friedlich und reibungslos von der Militärregierung in eine Bürgerregierung verwandeln wird. Die Wahl von 2010 ist nur ein erster Schritt ohne Blutvergiessen hin zu einem neuen demokratischen System," sagte ein junger Praktikant von Myanmar Egress, einer lokalen Nichtregierungsorganisation.

Der 26jährige Zögling einer Militärakademie sagte ebenfalls aus, dass er stark daran glaube, dass das Land sein Verwaltungssystem nach der Wahl von 2010 ändern wird.

"Es ist nicht nur unsere Bevölkerung, der es daran liegt, dass ein Wandel stattfindet. Auch die Angehörigen der Wehrmacht sehnen einen Wandel herbei. Junge Offiziere wie wir in der burmesischen Armee, erhoffen einen Wandel nach der Wahl von 2010," sagte er.

Einige weitere Befürworter der Wahl zeigten ebenfalls Begeisterung, selbst wenn sie sich nicht so genau im Klaren sind, wie sich danach die politische Landschaft formen wird.

"Viele junge Menschen freuen sich auf die Wahl von 2010, weil sie dadurch die Gelegenheit erhalten, zu sehen, welche Rolle sie in der Zukunft des Landes spielen können," sagte ein IT-Fachmann.

Einige junge Menschen, die darum kämpfen, sich über die Runden zu bringen, gaben der Hoffnung Ausdruck, dass die Regierung nach der Wahl ihnen mehr wirtschaftliche Gelegenheit bieten wird, um ihnen bei der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu

helfen.

"Es ist für einen Haushalt wichtig, zu überleben und in Wohlergehen leben zu können," meinte ein Fabrikarbeiter, der mit dem Irrawaddy sprach. "Ich werde für jeden stimmen, der eine derartige Situation herstellen kann".

Für einige der Beteiligten ist jedoch die Art, wie die Wahl geführt wird, wichtiger als das wirkliche Ergebnis.

Obleich die Junta für 2010 faire und freie Wahlen verspricht, deuten alle Anzeichen darauf hin, dass das Regime fortfahren wird, der Pressefreiheit enge Grenzen zu setzen.

"Bis jetzt wurde es uns nicht gestattet, frei über die Wahl zu veröffentlichen. Die Zensur hat seine Restriktionen für Nachrichten, die sich auf Politik und die Wahl beziehen, verschärft, sagte ein 27jähriger Journalist und fügte hinzu, dass man ohne Meinungsfreiheit die Wahl nicht als frei und fair ansehen kann.

"Selbst Journalisten, die als das Auge und Ohr der Nation betrachtet werden, können ihr Meinung nicht frei aussprechen, es wird den Bürgern schwer gemacht, zu einer informierten Entscheidung zu kommen. Aber ich sehe keine Aussicht auf Medienfreiheit für 2010," sagte ein weiterer lokaler Journalist.

Assistance Association for Political Prisoners (Burma)

PO Box 93, Mae Sot, Tak Province 63110, Thailand, Tel: (66) 55 545495, aapbb@cscoms.com, www.aapbb.net

Neueste Information über Nyi Nyi Aung's Hungerstreik

11. Dezember 2009

Der Anwalt, der den politischen Häftling Kyaw Zaw Lwin (alias Nyi Nyi Aung) einem naturalisierten amerikanischen Bürger, vertritt, der sich zur Zeit in Burmas Insein-Gefängnis befindet, teilte mit, daß die Gerichtsverhandlung wegen gesundheitlicher Komplikationen auf nächste Woche verschoben wird.

Kyaw Zaw Lwin, der bei seiner Ankunft im September im internationalen Flughafen von Rangoon festgenommen wurde, wird wegen Betrug und des Besitzes übermäßiger burmesischer Währung beschuldigt und befindet sich seit Sonnabend im Hungerstreik, um gegen das Fehlen von Gefangenerechten in Burma zu protestieren.

Die Bitte der US-Botschaft von heute, Kyaw Zaw Lwin besuchen zu dürfen, wurde abgelehnt, und weitere Angaben über seinen jetzigen Gesundheitszustand sind nicht erhältlich; es herrscht jedoch wachsende Sorge um das Wohlbefinden eines lebenslänglichen Aktivisten.

news@irrawaddy.org - The Irrawaddy - Newsletter for Friday, December 11, 2009

The Irrawaddy - 11. Dezember 2009
<http://www.irrawaddy.org/article.php?art_id=17382>

UNO wird aufgefordert, die Verbrechen der Junta gegen die Menschlichkeit zu untersuchen - LALIT K JHA

Washington: Parlamentsmitglieder von 29 Ländern forderten am Donnerstag den UNO-Sicherheitsrat dazu auf, einen Untersuchungsausschuss zu bilden, um in Burma Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu untersuchen und ein globales Waffenembargo gegen das Militärregime auszusprechen.

Es erfolgte keine unmittelbare Reaktion seitens des Büros des UN-Generalsekretärs, Ban Ki-moon, noch des Präsidenten des Sicherheitsrates für den Monat Dezember, Botschafter Michel Kafando aus Burkina Faso.

Die UNO-Botschafterin der USA, Susan Rice, sagte zu Reportern im UNO-Hauptquartier in New York, dass die Obama-Administration die Gespräche bei der UNO hier und in Genf im Menschenrechtsrat darüber fortsetzen wird, um herauszufinden, was wünschenswert oder praktikabel sein könnte.

Das Schreiben, mit dem der Sicherheitsrat aufgefordert wird, einen Untersuchungsausschuss zu bilden, wurde von 442 Parlamentsmitgliedern unterstützt.

Das Schreiben, das von zwei Parlamentsmitgliedern aus Japan, Azuma Konno und Tadashi Inuzuka, beides Mitglieder der regierenden demokratischen Partei, angeregt wurde, führt aus, dass eine solche Aktion seitens der UNO seit langem überfällig ist.

Es beschuldigt das burmesische Militärregime, seit Dekaden

.....

... tödliche Angriffe gegen sein eigenes Volk zu führen und fordert den Sicherheitsrat dazu auf, das Thema in einer Krisensitzung zu besprechen.

US-Kongressmann Joseph Pitts in einer Erklärung: "Dieses Schreiben bezeugt, dass die Augen der Welt auf Burma gerichtet sind und dass wir die Aufmerksamkeit auf andauernde Menschenrechtsverletzungen durch das Regime lenken wollen".

"Die Zerstörung von Dörfern und ethnische Säuberung müssen aufhören," wird in der Erklärung gefordert. Ich bin stolz darauf, gemeinsam mit so vielen frei gewählten Führern aus der ganzen Welt das Regime aufzufordern, die Rechte des burmesischen Volkes zu respektieren und die unsinnige Gewalt einzustellen."

Dieser Aufruf folgt ähnlichen, die bereits Anfang des Jahres durch Gesetzesgeber der Vereinigten Staaten, Kanada und Britannien ausgesprochen wurden. Im Juni drängten 55 Mitglieder des Repräsentantenhauses in einem Brief Präsident Barack Obama, den UN-Sicherheitsrat zu ermutigen, einen Untersuchungsausschuss zu bilden, um Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Burma zu untersuchen.

THE BURMANET NEWS - December 4, 2009 Issue #3853
- "Editor" <editor@burmanet.org> - www.burmanet.org

New York Times - 4. Dezember 2009
<<http://www.nytimes.com/2009/12/05/world/asia/05myanmar.html>>

Myanmars Oberstes Gericht wird den Einspruch einer Disidentin überprüfen - Thomas Fuller

Bangkok: Das Oberste Gericht Myanmars hat zugestimmt, den Einspruch wegen einer 18monatigen Verlängerung des bereits seit langem währenden Hausarrestes von Daw Aung San Suu Kyi, der Führerin der in Mitleidenschaft gezogenen demokratischen Bewegung des Landes, zu überprüfen.

Die Entscheidung des Obersten Gerichts fiel, nachdem im Oktober ein Untergericht dies bereits abgelehnt hatte und fällt mit den zaghaften Zeichen der Erwärmung in den Beziehungen zwischen der Militärregierung des Landes

und westlichen Ländern zusammen.

Die Richter werden am 21. Dezember ein erstes Ersuchen vortragen und ein Richter wird dann entscheiden, ob eine vollständige Anhörung vor dem Obersten Gericht gewährt werden kann. Ein erfolgreicher Einspruch führt zu der Erwartung, dass es Mrs. Aung San Suu Kyi möglich sein könnte, in den Wahlen, die die Militärregierung für irgendwann im nächsten Jahr plant, eine Rolle zu spielen.

In einem Telefoninterview sagte ihr Anwalt U Kyi Win, dass die Anhörung am 21. Dezember im grossen und ganzen prozessual sein wird. "Es ist eine reine Routineangelegenheit", sagte er. "Es ist weder positiv noch negativ."

Mrs. Aung San Suu Kyi, die 14 der vergangenen 20 Jahre an ihr Haus gefesselt war, war im August zu weiteren 18 Monaten Hausarrest verurteilt worden, nachdem sie einem Fremden den Zutritt zu ihrem Haus gewährt hatte. Mr. Kyi Win sagte, dass er damit argumentieren würde, dass die Gesetze, unter denen seine Klientin, eine Nobelpreisträgerin, verurteilt worden war, der Verfassung von 1974 unterliegen, die, wie er darauf hinweist, nicht länger in Kraft ist, da sich das Land unter einer Militärregierung befindet.

Sollte der Richter eine volle Anhörung ablehnen, kann Mrs. Aung San Suu Kyi als letzten Schritt eine "Sondererlaubnis für einen Einspruch" fordern, die im allgemeinen vom Obersten Richter angehört wird, sagte Mr. Kyi Win.

Trotz ihrer Haft war es Mrs. Aung San Suu Kyi in den letzten Monaten möglich gewesen, sich mit einigen hohen Besuchern zu treffen, unter ihnen eine hochrangige Delegation von Diplomaten der Vereinigten Staaten.

Nachdem sie sich jahrelang für Sanktionen ausgesprochen hatte, hat sie jetzt den Ton der Militärregierung gegenüber gemildert und im vergangenen Monat ein Schreiben an Seniorgeneral Than Shwe, dem Chef der Junta, gesandt und um ein Treffen mit ihm gebeten.

Unter den Bestimmungen der Verfassung, die nächstes Jahr in Kraft treten soll, scheint Aung San Suu Kyi von einer Amtsführung ausgeschlossen zu sein, da ihr Mann, der 1999 verstarb, Ausländer war.

Aber ihre Rolle als mögliche Wahlrönderin könnte die Dynamik der Wahl verändern, die, sollte sie stattfinden,

die erste seit 1990 sein wird, als Mrs. Aung San Suu Kyis Partei einen erdrutschartigen Sieg davontrug, was jedoch von den Generälen ignoriert wurde.

The Irrawaddy Magazine January, 2010 - Volume 18 No.1 -
news@irrawaddy.org - <www.irrawaddy.org/> (30.12.2009)

The Irrawaddy <www.irrawaddy.org/>

Die Lösung heisst konstruktiver Dialog

The Irrawaddy Magazine, Januar 2010 -
VOLUME 18 NO.1 - Mittwoch (30.12.2009)

Aufgrund der Bedingungen der Verfassung und der Geschichte der Junta wird eine Wahl unsere Probleme nicht lösen können.

Seniorgeneral Than Shwe erklärte vor kurzem vor Mitgliedern der Union Solidarity and Development Association wie auch der Vereinigung der Kriegsveteranen, dass es keine Überarbeitung der Verfassung geben wird und dass die Wahl von 2010 auf der "Roadmap" der Sieben Schritte zur Demokratie basieren soll. Wird die Wahl in der ersten Jahreshälfte stattfinden? Die Zeit läuft davon.

Es ist unabdingbar, dass Demokratie in der Zeit vor der Wahl wie auch am Tage danach existiert. Der Wahl von 1990 und auch dem Referendum von 2008 fehlten Freiheit und Fairness.

In der Wahl von 1990 gab es keine systematische Vorbereitung oder Fairness, weder bei der Stimmabgabe noch bei der Stimmauszählung. Auch wurde das Referendum für die Verfassung in einer Zeit unbeschreiblichen Leidens nach dem Zyklon Nargis durchgeführt. Das Land wusste nicht, wie es darauf antworten sollte.

Sollte die Wahl wie geplant vor einem solchen Hintergrund stattfinden - mit oder ohne Teilnahme der National League for Democracy - muss die internationale Gemeinschaft in der Lage sein, die Freiheit und Fairness der Wahl zu bestätigen.

Unabhängig davon, ob Aung San Suu Kyi sich um ein Amt bemühen wird oder nicht, die Regierung, die nach der Wahl gebildet wird, kann keine demokratische sein, da sie in Übereinstimmung mit der Verfassung von 2008 zustande kommt, die eine Verzerrung von Demokratie darstellt und nur auf Than Shwes Ziel, der Vorherrschaft des Mili

,,, ,

... တွေ တွေ, အပြန်အလှန် ဖြစ်နေတာတွေကို

folgreichen Weg, und das ist politischer Dialog.

Weg aus der gegenwärtigen Sackgasse heraus.

Die neue Regierung wird wenig Unterstützung durch die ethnischen Nationalitäten erfahren. Die Frage ist, wie können ein Parlament und eine Regierung, die unter solchen Bedingungen zustande kommen, Stabilität und Vertrauen entwickeln.

Als Vertreterin des Volkes sollte Suu Kyi die demokratische Seite vertreten. Die ethnischen Nationalitäten werden ihre Führung akzeptieren. Vielleicht führt Suu Kyis letzter Schritt, sich mit der Junta engagieren zu wollen, zu einem Weg nach vorn.

Win Tin ist einer der Gründer der National League for Democracy. Er wurde von der Junta inhaftiert und befand sich 19 Jahre lang im Gefängnis.

Wir können die Machtstruktur, die nach der Wahl entstehen wird, nicht akzeptieren. Sollte die Wahl wie geplant stattfinden, werden unsere Probleme nicht gelöst sein. Es gibt nur einen er-

Der Gedanke, dass die Wahl selbst ein Weg zur Lösung der Probleme des Landes bedeutet, ist irreführend. Ein konstruktiver Dialog ist der einzige

Folgende Bücher können Sie über Burma Büro e.V., Köln erwerben:

ဆရာတင်မိုး
ခွတ်ဒေါင်းအလံခေါ်ရာသို့

[လွတ်မြောက်ရေးကဗျာများ]

Gedichte

Von **Saya Tin Moe**

(80 Seiten) in burmesisch Euro 5.- + Porto

Zehn Jahre weiter

Leben und Ansichten eines burmesischen Studenten während seiner politischen Gefangenschaft.

von Moe Aye

(170 Seiten) in deutsch Euro 10.- + Porto

Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln

Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470

[e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de](mailto:burmabureaugermany@t-online.de)

Sie wollen die Menschen in Burma auf ihrem Weg zu Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechten unterstützen?

Dann unterstützen Sie die Arbeit des Burma Büros – zum Beispiel als Mitglied oder Förderer/ Förderin unseres Vereins.

Nähere Informationen zu uns, zur Mitgliedschaft und zu den Fördermöglichkeiten erhalten Sie, wenn Sie diesen Coupon an das **Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln** schicken.

Name:

Adresse:

Tel./Fax:

e-Mail:

Bemerkungen:

Übrigens: Spenden auf unser Konto sind steuerlich absetzbar.

Spendenkonto: Postbank, Dortmund Kto.Nr. 45 45 31 468 BLZ : 440 100 46

Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470 e-Mail:

burmabureaugermany@t-online.de

<http://www.burmabureaugermany.com>

<http://www.burma-report.de>

Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax:0221-9522470

e-Mail: burmabureaugermany@t-online.de -

<http://www.burmabureaugermany.com>

<http://www.burma-report.de>

**Free Burma,
free Aung San Suu Kyi
Free all political prisoners**